

Wolfgang Gehrcke

## Das Sicherheitsalphabet der Linken: von A wie Abrüstung bis Z wie Zusammenarbeit

Sicherheit ist hoch gefragt. Ich verstehe das, wenngleich ich es nicht teile. Risiken gehören zum Leben, das ist meine Erfahrung. Aber Menschen, deren ganzes Leben fremdbestimmt wird, wünschen einige Grundgarantien. Nur die Einlösung solcher Grundgarantien machen den Menschen wirklich frei. Das Grundgesetz ist eine Garantieerklärung. Nur, dass sie immer seltener eingelöst wird.

Alle Menschen, das sind mehr als alle Deutschen, haben ein Recht, in Würde zu leben, und das schließt Armut aus. Sie haben ein Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern, sich politisch und sozial zu engagieren, zu streiken und zu demonstrieren. Es gibt ein Recht auf Leben und Angriffskriege, selbst die Vorbereitung eines Angriffskrieges, sind unter Strafe gestellt. Soweit, so gut. Bertolt Brecht würde hinzusetzen: Jedoch, die Verhältnisse, sie sind nicht so. Nichts ist sicher und nichts ist stabil, weder der Frieden, noch die soziale Gerechtigkeit oder die Demokratie.

Von Alpha bis Omega. Bundesregierung definiert Sicherheit militärisch

Das sicherheitspolitische Alphabet der Bundesregierung beginnt mit A wie Aufrüstung und verweilt lange bei N wie NATO. Lang ist es her, dass Altbundeskanzler Helmut Kohl einmal einen Wahlkampf mit der Losung „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ gewonnen hat. Heute behauptet die schwarz-gelbe Bundesregierung, übrigens in völliger Übereinstimmung mit ihren Vorgängern von rot-grün bis schwarz-rot, Rüstung bringt Sicherheit und angeblich auch Arbeitsplätze. Von SPD, Grünen, FDP und CDU wie CSU wird immer wieder auf die Kontinuität und den Konsens in der deutschen Außenpolitik verwiesen. Das heißt auch: Hoch und lang lebe die NATO. NATO ist für alle anderen Parteien das Zentrum der Sicherheit. Von der NATO steht aber kein Wort im Grundgesetz. Dennoch wird so getan, als gehörte das Militärbündnis zum Verfassungsbogen, zur Staatsräson. Also beginnen wir mit der NATO. Die Bundesregierung sagt: Mehr NATO ist gleich mehr Sicherheit. Die LINKE sagt: Mehr NATO, mehr Rüstung, weniger Sicherheit. Wer hat nun Recht?

Unbestritten, die NATO ist ein Kind des Kalten Krieges, wie damals der Warschauer Pakt. Der Warschauer Pakt ist weg, die NATO hat nicht nur überlebt, sondern sich ausgeweitet. Auch in den Osten. Das war aber in den Verabredungen zum 2+4-Vertrag ausgeschlossen. Wer Völkerrecht auf mündliche Absprachen baut, wie Gorbatschow, kann schlecht aussehen. Für mich war die NATO nie für ein Instrument der Sicherheit. Mit der NATO ist die Blockgespaltenheit der Welt militärisch untersetzt worden. Mit der NATO erreichte die Übervernichtungskapazität, der atomare Overkill, gigantische Ausmaße. Mehrfach stand die Welt am Rande der atomaren Vernichtung. Es galt, wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter. Das war die grausame, Rüstung erzwingende Logik der gegenseitigen Vernichtung. Auch die Hochrüstung war ein Sargnagel für die „real-sozialistischen“ Länder. Nach dem Ende der Systemkonkurrenz, des Systemkampfes hätten die Instrumente dieses Kampfes ebenso überwunden werden können und müssen.

Die NATO überstand ihre Krise. Und sie überstand diese Krise mit einem Krieg, mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien. Schröder und Fischer ergriffen ihre Chancen, scheinbar war Deutschland dieses Mal „auf der richtigen Seite“. Deshalb zeichnete Fischer das Bild des Kosovo als einer „Rampe von Auschwitz“ und darum waren für Schröder alle Beschränkungen und Selbstbeschränkungen, die Deutschland in Folge des faschistischen Krieges „zu tragen“ habe, hinfällig. 1999, auf dem Höhepunkt des Krieges gegen Jugoslawien, versammelten sich die NATO-Staaten zum 50. Jahrestag des Bündnisses in Washington und beschlossen eine neue Strategie.

Die NATO wollte nicht mehr nur ein Bündnis zur Verteidigung der Territorien ihrer Mitgliedsstaaten sein, sondern verteidigt werden sollen die Interessen der Mitgliedsländer. Und zu den Interessen gehören Handelswege, Computersicherheit, Kontrolle von Wanderungs- oder besser Fluchtbewegungen. Alles wird unter einem Dach subsummiert: Krieg gegen den Terror.

Nun, zehn Jahre später, wird sich die NATO in Lissabon treffen und wieder geht es um eine neue Strategie. Die NATO will beraten, wie der Krieg in Afghanistan doch noch zu gewinnen ist. Ein Ratschlag dazu war in der Nummer 9 der Zeitschrift „Cicero“ zu lesen: „Erfolg oder Misserfolg des amerikanischen Krieges in Afghanistan hängt jetzt vor allem vom Mittel der gezielten Tötung ab – also der Ermordung von Al Qaida- und Taliban-Führern durch

Geheimkommandos des Pentagon und der CIA.“ Mord als Mittel der Politik, das ist das moralische Ergebnis des Krieges gegen den Terror. Es soll bei der Atomstrategie – Erstschatz, Stationierung taktischer Atomwaffen, Drohungen auch mit Atomwaffen gegen Staaten, die ihrerseits nicht darüber verfügen, und der atomaren Teilhabe – bleiben. Ob die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden oder nicht, darüber soll die NATO und nicht der Bundestag entscheiden. Die konventionelle Rüstung wird weiter modernisiert und aufgeföhren. Richtig ist, der Krieg ernährt seine Industrie.

Hat nun der Krieg gegen den Irak mehr Sicherheit gebracht? Die Bilanz ist furchtbar. Ich lese in der Bilanz des Irakkrieges: 1.366.350 Irakerinnen und Iraker, 4.440 US-Soldaten verloren ihr Leben, 31.882 US-Soldaten wurden verwundet und der US-Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz bezifferte die Kosten auf etwa 3 Billionen US-Dollar. 567.000 Kinder waren an den Folgen des vorangegangenen Embargos gestorben und die Anzahl der Flüchtlinge wird auf 4 Millionen veranschlagt. Der Profit der Einen ist das Todesurteil für viele andere.

Die NATO hat seit dem Ende des „Realsozialismus“ zwei völkerrechtswidrige Kriege geführt. NATO-Mitgliedsländer waren zusätzlich in der Koalition der Willigen im Krieg gegen den Irak dabei. Mehr NATO, mehr USA, mehr Krieg. Die NATO hat nicht abgerüstet, sondern Aufrüstung befördert. Mehr NATO heißt weniger für die Bildung und mehr für die Rüstung.

Doppelt genäht hält besser,

... sagt der Volksmund. Fast über Nacht und unbemerkt wurde aus der zivilen EU auch ein militärischer Zusammenschluss. Für einen Teil der NATO-Kritiker, zum Beispiel den renommierten Abrüstungsexperten der SPD Egon Bahr, ist eine eigene europäische Militärmacht eine Alternative zur NATO. Verstärkt wurde diese, wie ich meine, Illusion durch Widerstände der damaligen Rumsfeld-Administration gegen den angeblich europäischen Sonderweg. Ich halte militärisches Engagement der ursprünglich zivilen Europäischen Union für falsch. Ein europäischer Weg, der dazu führt, dass Europa so wird, wie es die USA sind, ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. In der EU haben sich inzwischen unter dem Dach der GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – klare, militärische Strukturen herausgebildet. Diese sind mit der NATO verzahnt. Das Scharnier zwischen NATO und EU ist das PSK, das „Politische und Sicherheitspolitische Komitee“.

Mit dem Lissabon-Vertrag wurde dafür eine rechtliche und mit der europäischen Rüstungsagentur eine materielle Grundlage geschaffen. Einsätze werden abgestimmt und öfter kommt es zu „europäischen“ Einsätzen, nicht nur im Militärbereich. Rüstungsexporte auf europäischer Ebene unterlaufen die nationale Kontrolle. Einen Parlamentsvorbehalt für Auslandseinsätze der Soldaten gibt es nur in Deutschland und den Niederlanden. Das Europäische Parlament ist in diesen Fragen fast macht- und rechtlos. Im EAD, dem neuen Europäischen Auswärtigen Dienst, sollen dann außenpolitische und militärpolitische Fragen, inklusive der Einbindung von Geheimdiensten, gebündelt werden. Die Europäisierung von Militäreinsätzen hat nicht zu einer Zivilisierung staatlicher Militärpolitik oder zur Ausdünnung von Rüstung und Personal geführt, sondern zu einer Modernisierung von Rüstung und Einsatz. Europäische Rüstung als Alternative zur NATO und den USA hat sich als Irrweg herausgestellt.

#### Das Sicherheitsalphabet der Linken

In unserem Alphabet haben die Buchstaben A wie Abrüstung, G wie Gerechtigkeit, U wie UNO, V wie Völkerrecht eine besondere Bedeutung. Beginnen wir mit Abrüstung: Auch die Bundesregierung nennt Abrüstung als eine zentrale Aufgabe. Nur praktisch passiert wenig. Der wichtigste Abrüstungsschritt derzeit wäre die Entscheidung, dass sich Deutschland nicht weiter an der Interventionspolitik der NATO beteiligt. Das würde es möglich machen, nicht nur die Anzahl der Soldaten entschieden zu verringern, sondern auch die Bundeswehr strukturell nichtangriffsfähig zu machen. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Rückführung der Aufgaben der Bundeswehr auf die ihr im Grundgesetz zugewiesene Landesverteidigung. Da Deutschland von niemandem bedroht wird und Hightech-Waffen gegen Terroranschläge untauglich sind, eigentlich eine günstige Ausgangslage für Abrüstung. Verteidigungsminister zu Guttenberg jedoch betreibt keine Abrüstungspolitik, er will die Modernisierung von Waffen und besser ausgebildetes Personal für weltweite Einsätze durchsetzen.

Der nächste Abrüstungsschritt – in Richtung Auflösung der NATO – ist die strikte und grundsätzliche Veränderung der NATO-Politik. Grundlage der NATO-Entscheidungen ist bisher das Konsensprinzip. Das allerdings soll auf dem Lissaboner Gipfel abgeschafft werden. Deutschland könnte zum Beispiel eine ganze Reihe von NATO-Einsätzen blockieren, indem es feststellt: Der Konsens ist nicht gegeben. Ebenfalls kann zu den möglichen Schritten eine grundsätzliche Änderung der Atomwaffenpolitik der NATO gehören. Unter anderem könnten

atomwaffenfreie Zonen (Lateinamerika, Afrika, Naher Osten und Mitteleuropa) weiter vorangetrieben werden. Die NATO muss auf die Doktrin des atomaren Erstschlags verzichten und auch taktische Atomwaffen sollten abgerüstet werden. Deshalb der Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Um eine Abrüstung Russlands auf dem Gebiet der taktischen Atomwaffen möglich zu machen, muss die NATO die konventionelle Überlegenheit in Europa vermindern. Es muss der Grundsatz gelten: Gleiche Sicherheit für alle. Und: Sicherheit gibt es nur miteinander, nicht gegeneinander.

Die Bundesregierung sollte aufgefordert werden, auf dem NATO-Gipfel eine Beendigung des Bündnisfalles zu beantragen. Interessanterweise enthält die NATO-Charta Vorschriften, wie der Bündnisfall festzustellen, aber keine Vorschrift, wie er aufzuheben ist. All dies wären praktische und außerordentlich wichtige Schritte gegen die Interventionspolitik, aber noch keine realen Schritte zur Aufhebung der NATO selbst. Tiefergehend wäre eine Entscheidung nach dem Muster Frankreichs, aus den militärischen Planungsstäben auszutreten.

Die Linke ist prinzipiell für die Auflösung von Militärbündnissen, darunter auch der NATO. Wir wollen Militärbündnisse durch Netzwerke ziviler, völkerrechtlich verbindlicher, durch die Vereinten Nationen garantierter Verträge ersetzen. Formell könnte die Herauslösung Deutschlands aus der NATO auf unterschiedliche Weise geschehen: a) durch einen völkerrechtlich abgesicherten Austritt Deutschlands oder b) durch einen Beschluss der NATO selbst über ihre Auflösung. Im ersten Fall würde die NATO weiterbestehen, es sei denn, weitere Staaten würden sich dem unterstellten deutschen Schritt anschließen. Im zweiten Fall muss es natürlich zu einer grundsätzlichen Wende in der Weltpolitik kommen. Eines ist derzeit so unwahrscheinlich wie das Andere. Trotzdem: Politische und strategische Ziele von Parteien dürfen nicht nach Tageslage oder konjunkturellen Entwicklungen bestimmt werden. Die Linke muss einen Beitrag dazu leisten, dass weltweit eine Stimmung entsteht, Gewaltakte, wie es Kriege sind, auszuschließen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu befördern, globale soziale Gerechtigkeit möglich zu machen. Massenstimmungen und ein Politikwechsel in den NATO-Staaten sind der Weg zur Auflösung der NATO. Dafür muss die Linke arbeiten und dazu muss und wird die Linke ihren Beitrag leisten.

(Erscheint in: Erhard Crome [Hrsg.]: Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Manuskripte 89, Berlin: Karl Dietz Verlag 2010.)